

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

21.06.2022

Inhalt

EWN

| | |
|--|---|
| 1 Schwesig wirbt für beherzte Umsetzung der Energiewende dpa-Landesdienst Mecklenburg-Vorpommern, 20.06.2022 | 3 |
| 2 Auf die Mischung kommt es an <i>DER TAGESSPIEGEL</i> , 21.06.2022 | 4 |
| 3 Der bisher unerfüllte Traum vom Mini-Atomkraftwerk Allgemeine Zeitung Mainz-Rheinessen, 21.06.2022 | 6 |
| 4 Kommt die Rückkehr zur Atomkraft? Allgemeine Zeitung Mainz-Rheinessen, 21.06.2022 | 7 |

📰 dpa-Landesdienst Mecklenburg-Vorpommern | 20.06.2022

Schwesig wirbt für beherzte Umsetzung der Energiewende

Mecklenburg-Vorpommern hat den Reigen der Sommerfeste der Bundesländer in Berlin eröffnet. Die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine strahlten auch auf den festlichen Abend aus.

Berlin (dpa/mv) - Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) hat für eine beherzte Umsetzung der Energiewende geworben und einen gewichtigen Beitrag des Bundeslandes zugesichert. «Eine echte Unabhängigkeit wird es für Deutschland, für Europa nur aus erneuerbaren Energien geben. Und das muss unser gemeinsames Ziel sein», sagte Schwesig am Montagabend beim Sommerempfang der Landesregierung in der Berliner Landesvertretung. Geladen waren etwa 800 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Kultur und ehrenamtlichen Institutionen.

Schwesig zeigte sich zuversichtlich, dass mit dem Kurs der Ampel-Koalition im Bund mehr Tempo in den Ausbau der erneuerbaren Energien komme, machte zugleich aber auch die Notwendigkeit von Übergangslösungen deutlich. So stehe Mecklenburg-Vorpommern bereit, mehr Öl über den Rostocker Hafen zu importieren. Über ein Gasterminal in der Ostsee vor Lubmin könne künftig Flüssiggas angeliefert werden, wenn sich Deutschland von Importen aus Russland unabhängig mache.

Kritik an der Rolle Mecklenburg-Vorpommerns beim Bau der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 wies sie zurück: «Wir helfen mit, diskutieren nicht lange. Und deshalb ist es auch nicht in Ordnung, wenn mit dem Finger auf MV gezeigt wird. Wir haben in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass es eine sichere Energieversorgung in Deutschland gibt», betonte Schwesig.

In Lubmin bei Greifswald landet die russisch-deutsche Gasleitung Nord Stream 1 an, die als wichtigste Leitung für die Gasversorgung Deutschlands gilt, derzeit aber nur mit begrenzter Kapazität läuft. Nord Stream 2, für deren Fertigstellung sich Schwesig stark gemacht hatte, erhielt wegen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine keine Betriebslaubnis.

Schwesig bezeichnete das russische Vorgehen in der Ukraine als «barbarisch». «Wir haben uns nicht vorstellen können, dass sich mit dem 24.2. dieses Jahres die Welt verändert», erinnerte sie an den Beginn der Aggression und die weitreichenden Folgen. Viele Menschen auch in Mecklenburg-Vorpommern würden den ukrainischen Flüchtlingen Hilfe gewähren. «Wir hoffen, dass sie bald wieder in ihre Heimat zurück können. Und wir werden helfen beim Wiederaufbau», betonte die Regierungschefin.

Nach Angaben der Staatskanzlei gab der Nordosten mit der Veranstaltung in seiner Landesvertretung den Auftakt für eine Reihe sommerlicher Empfänge der Bundesländer in der Bundeshauptstadt. Die Treffen dienen der Kontaktpflege und der Präsentation länderspezifischer Besonderheiten. Mecklenburg-Vorpommern stellte auch am Montag seine touristischen Attraktionen und kulturellen Angebote heraus. Schwesig ermunterte Touristen, auch neue Regionen des Landes zu entdecken: «Es muss nicht immer Ostsee sein.»

 DER TAGESSPIEGEL | 21.06.2022 | S. 5

 Auflage: 104.156 | Reichweite: 351.593

 Felix Hackenbruch

ENERGIEVERSORGUNG IN DEUTSCHLAND. ALTERNATIVEN ZUM RUSSISCHEN GAS

Auf die Mischung kommt es an

Wirtschaftsminister Robert Habeck möchte stärker auf Kohle setzen, um Strom und Wärme zu produzieren Opposition, FDP und Wissenschaft haben andere Vorschläge

Berlin - Die Kurve, die das Land momentan in Atem hält, scheint sich etwas zu stabilisieren. Am Montag veröffentlicht die Bundesnetzagentur die aktuellen Gasflüsse nach Deutschland. In der vergangenen Woche hatte Russland die Liefermengen über die wichtige Pipeline Nordstream 1 wegen angeblicher Wartungsarbeiten massiv gedrosselt. Die Kurve, die von der Netzagentur seit Kriegsbeginn täglich veröffentlicht wird, war abgestürzt. Erst 40, dann 60 Prozent weniger Gas hatte das russische Staatsunternehmen Gazprom durch die Pipeline gepumpt. Seit ein paar Tagen ist dieses Niveau nun immerhin stabil.

Doch reicht das, um die Gasspeicher in Deutschland zu füllen, um stabil über den Winter zu kommen? Am Montag teilt die Netzagentur mit, dass sich die Speicher weiter füllen – allerdings langsamer als zuvor. Bei rund 57,5 Prozent Auslastung sind sie momentan. Doch in Politik und Wirtschaft geht die Sorge vor einem vollständigen Lieferstopp um. Und so verändert Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) nun die Strategie. Mit dem sogenannten Ersatzkraftwerke-Bereithaltungsgesetz, das am 8. Juli im Bundesrat beraten werden soll, will Habeck mehr Kohlekraftwerke einsetzen, um den Verbrauch von Gas zu verringern. Doch aus Opposition, FDP und Wissenschaft kommen weitere Vorschläge.

Mehr Kohle

Habecks Weg ist für seine Partei schmerzhaft. „Das ist nicht, das was wir wollten“, sagt Grünen-Chef Omid Nouripour am Montag in Berlin und schüttelt den Kopf. „Das ist alles nicht schön, aber machbar“, sagt er. Konkret sollen mehrere Steinkohlekraftwerke, die momentan in der Reserve sind, wieder für die Stromerzeugung genutzt werden. Dafür soll dann kein Gas mehr verstromt werden, was zuletzt rund 13 Prozent am Strommix ausmachte. Gut für den Gasverbrauch,

schlecht für die Klimaschutzziele der Regierung, denn die Kohleverstromung verursacht große Mengen CO₂.

Auch logistisch gibt es Herausforderungen. Fast 60 Prozent der Kohle hatte Deutschland im vergangenen Jahr aus Russland bezogen, ab August gilt nun ein Importverbot. Doch der Markt für Kohle ist international, vor allem aus den USA und Kolumbien konnte Deutschland mehr Kohle ordern.

Mehr Atomkraft

Es klingt nach einer naheliegenden Option. Drei moderne Atomkraftwerke betreibt Deutschland aktuell noch, die quasi kein CO₂ verursachen. Doch seit Jahren steht fest, dass die Meiler Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 zum Jahreswechsel vom Netz gehen. Rund sechs Prozent machen die drei AKW am deutschen Strommix aus. Union und FDP wollen diese Energie nicht leichtfertig aufgeben.

Doch es gibt Probleme. So müssten die Meiler eigentlich längst aufwendig gewartet werden, nur wegen der baldigen Abschaltung wurden Prüfungen ausgesetzt. Zudem äußern sich die Betreiber ablehnend. Der Strom aus den AKW ist teuer, an sonnen- und windreichen Tagen ist Atomstrom nicht wettbewerbsfähig. Man müsste kräftig in die Meiler investieren und neue Brennstäbe besorgen, doch dann müsste ein Weiterbetrieb für acht bis zehn Jahre erfolgen. Zudem lässt sich mit Atomstrom kaum Gas einsparen. „Wir haben kein Stromproblem, sondern ein Wärmeproblem“, sagt Claudia Kemfert, Wirtschaftswissenschaftlerin und Energieexpertin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sieht nach Gesprächen mit Fachleuten noch ein weiteres Problem. „Neue Brennstäbe zu besorgen, dauert nach diesen Aussagen zwölf bis 18 Monate – mindestens“, sagte

er dem „Münchner Merkur“. Das bezweifelt dagegen Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) und spricht von „fachlichem Blödsinn“. „Überall in der Welt sind sie besorgbar, alle europäischen Nachbarn machen das.“

Mehr Fracking-Gas

Es wird häufig vergessen, dass Deutschland eigene Gasvorkommen hat. Rund fünf Milliarden Kubikmeter wurden in Deutschland im vergangenen Jahr gefördert – Tendenz sinkend. Fünf bis sechs Prozent machen die deutschen Gasvorkommen am jährlichen Verbrauch aus, doch es könnten viel mehr sein. Der Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie (BVEG) schätzt, dass in Deutschland bis zu 2,3 Billionen Kubikmeter Schiefergas technisch erschließbar wären. Doch um das Gas aus dem Schiefer zu lösen, müssten die Firmen unter hohem Druck Millionen Liter Wasser mit Chemikalien in den Untergrund pressen – sogenanntes Fracking.

Die Methode ist umweltpolitisch hochumstritten und in Deutschland seit 2017 verboten. Doch geht es nach der FDP soll dieses Verbot zumindest nochmal auf den Prüfstand kommen. „Es ist unbefriedigend, dass wir nun Schiefergas im großen Stil importieren müssen“, sagt der energiepolitische Sprecher der FDP, Michael Kruse, dem Tagesspiegel. Tatsächlich werden große Teile des Flüssigerdgas (LNG), das Deutschland künftig importieren will, gefrackt. „Ökologisch sinnvoller ist es, in sicheren Umgebungen dieses dringend benötigte Gas auch hier an Land zu gewinnen und damit die Übersee-Transporte zu reduzieren“, sagt Kruse.

Beim BVEG rennen die Liberalen damit offene Türen ein: „Europa muss alle Optionen für eine Diversifizierung der Erdgasversorgung auf den Tisch bringen, soll Erdgas nicht langfristig knapp und entsprechend hochpreisig sein“, sagt Sprecherin Miriam Ahrens. Aufgrund der hohen Vorkommen, mit denen Deutschland für viele Jahre autark versorgt werden könnte, hält sie die Schiefergas-Förderung für eine wesentliche Option. „Ein denkbarer nächster Schritt wäre, zu-

nächst die gesetzlich vorgesehenen Probebohrungen unter der Führung der von der Bundesregierung eingesetzten Expertenkommission Fracking durchzuführen“, sagt Ahrens dem Tagesspiegel.

Claudia Kemfert hält von diesem Vorschlag nichts: „Fracking ist aus Umweltsicht riskant, zudem teuer und hat zu geringe Potentiale“ Sie hält zudem nur einen Teil der 2,3 Billionen Kubikmeter für real förderbar. Auch Habeck lehnt den Verstoß der FDP rigoros ab: „Die Debatte über Fracking nützt uns jetzt in dieser Zeit überhaupt gar nichts. Es dauert Jahre, wenn man es überhaupt machen will, um solche Vorkommen zu erschließen.“

Mehr erneuerbare Energien und Sparen

Claudia Kemfert ärgert sich über die aktuelle Debatte: „Wir reden die ganze Zeit nur über fossile Energien und gar nicht mehr über Erneuerbare und Einsparungen“, sagt die Ökonomin. Ihr reichen die Bemühungen beim Sparen noch nicht aus. Tatsächlich hat die Bundesregierung bislang nur eine Energiesparkampagne vorgestellt, auf gesetzliche Einsparungen für die Industrie oder private Haushalte hat sich die Ampel noch nicht verständigt – auch, weil es hochumstritten ist. Habecks Pläne, Unternehmen zu belohnen, die Gas einsparen, indem sie das überschüssige Gas auf Auktionen versteigern können, hält Kemfert für einen sinnvollen Ansatz. Auch private Haushalte in die Pflicht zu nehmen, könne helfen, den Verbrauch zu senken. Von pauschalen Gesetzen zur Absenkung der Raumtemperatur hält sie aber nichts. Besser sollten die alten Heizungen ausgetauscht werden. „Ein Wärmepumpen-Programm wäre sinnvoll.“

Die Wissenschaftlerin will weitere Bemühungen. „Es kann nicht sein, dass wir den Gasverbrauch von KWK-Anlagen immer noch subventionieren“, sagt Kemfert. KWK, also Kraft-Wärme-Kopplung, ist die gleichzeitige Umwandlung von Energie in Strom und Wärme. Es gebe bereits nachhaltige Alternativen, so Kemfert: „Wir sollten das Geld besser beispielsweise für ein breites Solarthermie-Programm investieren.“

Der bisher unerfüllte Traum vom Mini-Atomkraftwerk

Warum Großbritannien den Bau von modularen Reaktoren favorisiert und das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung das Konzept für keine gute Idee hält

BERLIN. Es werden Laufzeiten verlängert, es wird ausgebaut, es wird investiert. Frankreich, Großbritannien, USA und China setzen mit den Argumenten saubere Energie und Unabhängigkeit der Energieversorgung unverdrossen auf Atomkraft. Die Investitionen und der laufende Betrieb werden mit staatlichen Geldern gestemmt. Denn die Kosten sind hoch. Der französische Energiekonzern EDF hat wegen möglicher Korrosionsschäden zwölf seiner 56 Atomkraftwerke vom Netz genommen. Insgesamt sind derzeit 29 Werke außer Betrieb. Wegen der Hitzewelle muss aufgrund der Kühlprobleme die Leistung weiterer AKW reduziert werden. EDF soll nach dem Willen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron trotzdem prüfen, ob die Laufzeiten auf 50 Jahre verlängert werden können. Mehrere AKW sollen zudem neu gebaut werden.

Auch der britische Premierminister Boris Johnson will acht neue Atomkraftwerke bauen, denn von sechs britischen Werken gehen fünf innerhalb des nächsten Jahrzehnts vom Netz. Wann die Ersatzwerke ans Netz gehen, ist aber ungewiss. Der bereits in Bau befindliche Reaktor Hinkley Point C wird frühestens 2025 in Betrieb gehen, ein Jahrzehnt später als geplant. Die Kosten haben sich mit umgerechnet 29,5 Milliarden Euro zudem vervielfacht.

„Atomkraft ist so teuer, dass es nur durch staatliche Subventionen betrieben werden kann“, betonte der Klimaforscher Mojib Latif im Deutschlandfunk. Es gebe keine Versicherung, die für Atomkraft-Schäden einsteht. „Es gibt Pläne für den Ausbau, aber ich bin gespannt, ob die realisiert werden, weil die Kosten so extrem hoch sind.“ Atomkraft sei die teuerste Art der Energieerzeugung.

Großbritannien favorisiert deshalb kleine und güns-

tiger zu betreibende modulare Reaktoren, die schon seit Jahren entwickelt werden. Bisher gibt es Konzeptstudien und Prototypen. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung hat 2021 ein Gutachten veröffentlicht, welches vom Öko-Institut Freiburg, der TU Berlin und dem Physikerbüro Bremen erstellt wurde. „Keine der diskutierten Technologien ist derzeit am Markt verfügbar. Es ist auch nicht absehbar, ob sie es künftig sein werden“, bilanzierte der Präsident des Bundesamts, Wolfram König.

Die Begeisterung hält sich auch ansonsten in Grenzen. Um weltweit dieselbe elektrische Leistung zu erzeugen, wie mit den heutigen leistungsfähigen Reaktoren müssten viele Tausend modulare Reaktoren gebaut werden. Da je Mini-Reaktor weniger radioaktives Material eingesetzt werde, gebe es im Einzelfall sicherheitstechnische Vorteile. Allerdings werde das Risiko aufgrund der notwendig hohen Anzahl von Mini-Reaktoren gleichzeitig um ein Vielfaches erhöht. Im Fall eines Unfalls würden Kontaminationen nicht auf das Anlagengelände beschränkt werden. Bezogen auf die Leistung seien die Baukosten relativ höher als bei Atomkraftwerken. Für eine Serienproduktion sei eine Stückzahl von etwa 3000 Mini-Reaktoren notwendig. Gleichzeitig werde in Summe für die gleiche Leistung mehr radioaktives Material benötigt. „Fragen zu Sicherheit, Transport, Rückbau sowie zur Zwischen- und Endlagerung sind bislang ungeklärt.“ Klimaforscher Latif ist ebenfalls skeptisch: „Da die sichere Entsorgung des Atom Mülls nicht gelöst ist, ist Atomkraft das Gegenteil von nachhaltig.“ In Japan werde Kühlwasser, welches beim Fukushima-Unfall verstrahlt wurde, ins Meer gekippt. Denn es gebe keine Entsorgungsstrategie. Auch in Deutschland werde noch nach einem Endlager gesucht.

Kommt die Rückkehr zur Atomkraft?

FRANKFURT. Angesichts des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine und eines drohenden Gaslieferstopps stellt sich die Frage der Energieversorgung neu. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) und verschiedene Wirtschaftsvertreter haben die Kernenergie ins Spiel gebracht. "Die Menschen erwarten, dass wegen des Klimaschutzes, der Abhängigkeit von Putin und der Inflation alle Möglichkeiten erwogen werden", sagte Lindner in Berlin. Wirtschaftlich sei er noch nicht überzeugt, dass sich neue Investitionen wirklich lohnen. "Aber Deutschland darf sich der Debatte nicht verschließen, die überall auf der Welt geführt wird."

Energieversorger haben sich auf Betriebsende eingestellt

Das Echo auf den Vorstoß ist geteilt. Der Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, Stefan Wolf, will über den Weiterbetrieb der drei noch Strom liefernden Atomkraftwerke debattieren, da der Strombedarf mit der Elektromobilität steige, der Kohle-Ausstieg geplant sei und der Ausbau der Windkraft sich verzögere. Auch Christian Kullmann, Vorsitzender des Verbands der Chemischen Industrie (VCI), stellt die Frage, ob Kernenergie nicht länger genutzt werden sollte.

Die Betreiber der noch laufenden Atomkraftwerke winken ab: "Die EnBW hat nach dem Ausstiegsbeschluss im Jahr 2011 eine langfristige Strategie für den Rückbau ihrer Kernkraftwerke ausgearbeitet, die sie konsequent umsetzt", berichtet ein Unternehmenssprecher. Der gesetzliche Rahmen schließe eine Stromproduktion in den derzeit noch in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerken - also auch im Block II des Kernkraftwerks Neckarwestheim - über Jahr 2022 hinaus aus. Die Bundesregierung habe angesichts des Kriegs in der Ukraine eine Verlängerung der Laufzeiten geprüft und entschieden, den gesetzlichen Rahmen nicht zu ändern. "Hypothetische Fragen stellen sich vor diesem Hintergrund für uns nicht." "Wir - von der PreussenElektra - möchten die derzeit andauernde Debatte um einen Weiterbetrieb von Isar 2 nicht weiter kommentieren", erläutert eine Sprecherin. Man habe klargemacht, dass ein Weiterbetrieb von Isar 2 mit einem gewissen zeitlichen Vorlauf unter bestimm-

ten Voraussetzungen möglich sei. Die Bundesministerien für Wirtschaft und für Umwelt hätten aber bereits vor Längerem erklärt, dass sie auf diese Option nicht zurückgreifen wollen. "Daran hat sich bisher nichts geändert - eine neue Sachlage gibt es aus unserer Sicht also nicht."

Wenn die drei Atomkraftwerke weiter betrieben werden sollten, bitten die Betreiber den Staat, die politische und ökonomische Verantwortung zu übernehmen, heißt es in der Prüfung der Bundesministerien für Wirtschaft und Umwelt zu den Voraussetzungen für eine längere Laufzeit. "Sprich: Alle Risiken und Kosten lägen beim Staat." Das könnte teuer werden. Denn die alle zehn Jahre notwendigen Sicherheitsüberprüfungen wurden bei den drei Atomkraftwerken ausgesetzt, da sie Ende 2022 ohnehin vom Netz gehen sollen. "Bei einem Betrieb nach dem 1. Januar 2023 wäre die letzte Sicherheitsüberprüfung 13 Jahre alt, eine neue wäre zwingend geboten." Da die laufenden Untersuchungen in den vergangenen Jahren nicht stattgefunden hätten, seien zusätzliche hohe Investitionen in die Sicherheitstechnik wahrscheinlich. Gerade im Zeitraum 2022 bis 2024 seien umfangreiche Nachrüstprogramme und Stillstandszeiten zu erwarten. Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs könne zudem bei einer gesetzlichen Laufzeitverlängerung eine neue Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich sein. Ein längerer Betrieb über das Jahr 2022 hinaus sei deshalb wohl nur möglich, wenn die Sicherheitsanforderungen reduziert würden. Das könnte aber zu Klagen führen. Mit ungewissen Ausgang.

Zusätzlich müssten nach dem Beschuss des ukrainischen Atomkraftwerks Saporischschja durch die russische Armee auch zusätzliche Risikoabwägungen getroffen werden. Dazu gehörten mögliche Sabotageakte und Cyberangriffe oder mittelbare Folgen wie die Unterbrechung der Stromversorgung.

Dann wäre da noch der von PreussenElektra erwähnte notwendige zeitliche Vorlauf für den längeren Betrieb der drei Atomkraftwerke. Rein technisch gesehen könnten Kernkraftwerke wie bei einer Revision herunter- und wieder hochgefahren werden, erläutert

der wissenschaftlich-technische Geschäftsführer der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit, Uwe Stoll, gegenüber RND. Allerdings reichten die Brennstäbe nur noch bis Ende 2022, da die Werke dann ja vom Netz gehen sollten. Ein Import sei keine Lösung, da in anderen Ländern abweichende Maße verwendet werden. Die Produktion von neuen Brennelementen dauert allerdings laut Bundeswirtschaftsministerium in der Regel 18 bis 24 Monate. Gegebenenfalls sei eine Beschleunigung auf zwölf bis 15 Monate möglich. Selbst bei sofortiger Bestellung wäre deshalb mit einer Nutzung der AKW nicht vor Sommer oder Herbst 2023 zu rechnen.

25 Prozent des Urans kommen aus Russland

Die Atomkraftwerke würden laut Bundeswirtschaftsministerium die Abhängigkeit von russischem Gas nicht reduzieren, da Gas vor allem im Bereich der Wärmeerzeugung und der Industrie eingesetzt werde. "Hier spielen Atomkraftwerke aber keine Rolle." Eine Verlängerung der Laufzeiten führe zu hohen wirtschaftlichen Kosten und sicherheitstechnischen Ri-

siken. Außerdem bestehen auch bei der Kernenergie Rohstoff-Abhängigkeiten. Denn laut der Euratom-Versorgungsagentur kommen etwa 25 Prozent des angereicherten Urans für die Atomkraftwerke in der EU aus Russland.

ATOMKRAFTWERKE - DREI SIND ÜBRIG In Deutschland ist der Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen worden. Die letzten drei AKW sollen Ende des Jahres vom Netz gehen. Im Strombereich decken die drei noch am Netz befindlichen AKW im Schnitt etwa fünf Prozent der deutschen Stromproduktion. Das Atomkraftwerk Emsland ist 1988 in Betrieb gegangen und hat eine Leistung von 1329 MW. Betreiber ist die Kernkraftwerke Lippe-Ems GmbH. Mehrheitseigner sind RWE Power AG mit 87,5 Prozent und PreussenElektra mit 12,5 Prozent. Das 1988 ans Netz gegangene AKW Isar 2 liefert eine Leistung von 1410 MW. Betreiber sind PreussenElektra mit 75 Prozent und die Stadtwerke München mit 25 Prozent. Das Atomkraftwerk Neckarwestheim 2 liefert seit 1989 etwa 1365 MW Leistung. Betreiber ist die EnBW Energie Baden-Württemberg Kernkraftwerk GmbH.